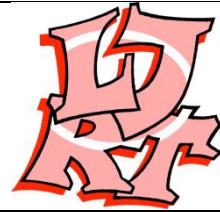


Beschluss

42. Vollversammlung

am: 01.12.2018



zu TOP

07

Thema: **Antisemitismus in Thüringen wirksam begegnen**

Sachverhalt:

In den vergangenen Monaten nahm die Wahrnehmung antisemitischer Vorfälle und Straftaten zu. Nicht zuletzt durch das Mobbing an Schülern in Berlin,¹ regelmäßige Kleine Anfragen hierzu im Thüringer Landtag² oder die Ergebnisse des letzten Thüringer Monitors³ wird deutlich, dass es in Deutschland und in Thüringen Probleme mit Antisemitismus gibt.

Um Antisemitismus zu begegnen, bedarf es dem entschlossenen Handeln. Wichtig ist, dass bereits junge Menschen lernen, dass Antisemitismus in einer demokratischen und offenen Gesellschaft nicht nur keinen Platz hat, sondern irrational ist. Der Landesjugendring Thüringen e.V. sieht sich und seine Mitgliedsverbände in der Pflicht, gegen jede Form von Antisemitismus und gruppenbezogener Menschenfeindlich und für das Existenzrecht Israels sowie für jüdisches Leben und jüdische Kultur in Thüringen einzutreten. Ebenso müssen aber alle politisch Verantwortlichen im Freistaat Thüringen ihr Möglichstes tun, um Antisemitismus gar nicht erst aufkommen zu lassen und wirksam zu begegnen.

Beschluss:

Der Landesjugendring Thüringen e.V. fordert die Thüringer Landesregierung dazu auf:

- **einen Beauftragten des Freistaates Thüringen für jüdisches Leben und den Kampf gegen Antisemitismus im Geschäftsbereich des für Kultur zuständigen Ministeriums zu berufen;**
- **sich für die Gründung eines Deutsch-Israelischen Jugendwerkes einzusetzen und der Bundesregierung hierfür einen Sitz in Thüringen vorzuschlagen;**
- **einen Fachkräfteaustausch im Bereich der Jugendhilfe sowie Austausche für Schüler*innen, Lehrer*innen und Schulen mit Israel in Thüringen anzuregen und zu fördern;**

¹ Vgl. *American Jewish Committee Berlin Office (Hrsg.): Salafismus und Antisemitismus an Berliner Schulen. Erfahrungsberichte aus dem Schulalltag, Berlin 2017.*

² Vgl. Thüringer Landtag Drucksache 6/4071 und 6/5822.

³ Vgl. *Best, Heinrich u.a.: Thüringens ambivalente Mitte. Soziale Lagen und politische Einstellungen. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2017, Jena 2017.*

- eine Überprüfung aller in Thüringen zugelassenen Schulbücher auf etwaige antisemitische Vorurteile vorzunehmen;
- Fortbildungen für pädagogische Fachkräfte zum Erkennen und zur Prävention antisemitischer und rechtsextremer Einstellungen in Verantwortung der Landeszentrale für politische Bildung und das Thüringer Institut für Lehrerfortbildung, Lehrplanentwicklung und Medien zu entwickeln und anzubieten;
- Demokratiebildung und Wertevermittlung als wichtige Bildungsinhalte aller Schulfächer verbindlich festzuschreiben;
- antisemitische Straftaten als solche zu benennen und konsequent strafrechtlich zu verfolgen;
- Kampagnen wie »Boycott, Divestment and Sanctions« (BDS) und »For One State and Return in Palestine« (F.O.R. Palestine), welche einen kulturellen, politischen, wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Boykott Israels fordern, keine öffentlichen Räume zu bieten.

Abstimmung:

Ja: 56

Nein: 0

Enthaltung: 0